

PRESSE-STATEMENT

Ausführungen von Hans Jürgen Kerkhoff

**Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl
am 1. Oktober 2008 vor der Presse in Brüssel**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

es gibt kein europäisches Gesetzgebungsverfahren, das die energieintensiven Industrien derzeit mehr bewegt als die geplante Revision der Richtlinie für den Emissionshandel nach 2012. Deshalb wenden sich die sechs energieintensiven Branchen, Baustoffe, Glas, Chemie, Papier, NE-Metalle und Stahl, erstmals gemeinsam mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit.

Nach dem Vorschlag der EU-Kommission sollen Unternehmen künftig alle Rechte für den Ausstoß von Treibhausgasen ersteigern – die Stromversorger bereits ab 2013, die Industrie mit steigendem Anteil bis zum Jahr 2020.

Die nächsten Wochen werden eine politische Entscheidung zum Emissionshandel bringen:

- Am 7. Oktober tagt der Unterausschuss des Europäischen Parlaments.
- Am 15. Oktober findet ein Gipfelreffen der Staats- und Regierungschefs statt, bei dem u. a. das Thema Emissionshandel auf der Tagesordnung steht.
- Am 20. und 21. Oktober beraten die EU-Umweltminister u. a. das Thema Emissionshandel.
- Am 4. und 5. Dezember sollen sich die Umweltminister im Ministerrat einigen.
- Zwischen dem 15. und 17. Dezember stimmt das Europäische Parlament ab.

Die energieintensiven Industrien in Deutschland:

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS)

Bundesverband Glasindustrie e.V. (BV Glas)

Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)

Verband Deutscher Papierfabriken e.V. (VDP)

Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM)

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Wenn die Novelle der Emissionshandelsrichtlinie wie vorgeschlagen umgesetzt wird, hat dies schwerwiegende Folgen für den Industriestandort in Deutschland und Europa. Die Branchen Baustoffe, Glas, Chemie, Papier, NE-Metalle und Stahl in Deutschland würden im Jahr 2020 mit 7,2 Milliarden Euro pro Jahr belastet. 2013 betrüge die Belastung bereits 4 Milliarden Euro. Diese Branchen sind doppelt betroffen: Einerseits müssen die Unternehmen Emissionsrechte zu hohen Kosten selbst ersteigern, andererseits müssen sie deutlich mehr Geld für Strom bezahlen.

Diesen Kostenschock können die energieintensiven Unternehmen im Wettbewerb mit außereuropäischen Konkurrenten nicht auffangen. Anders als die Stromversorger, deren Märkte wegen des Stromtransportes über Netze die europäischen Grenzen nicht überschreiten und die ihre Kosten daher über die Strompreise weitergeben können. Für die energieintensiven Industrien wären hingegen Produktionsverlagerungen in das außereuropäische Ausland die Folge. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

- Für die Papierindustrie in Deutschland würde die jährliche Belastung durch den Emissionshandel bei einer vollständigen Versteigerung der Zertifikate etwa 525 Mio. Euro betragen, das Siebenfache des Branchengewinns 2007.
- In der Zementindustrie wären 50 Prozent der Produktionskapazität in Deutschland durch Importe bedroht, wie eine Studie von McKinsey nachgewiesen hat.
- Auch in der Glasindustrie würden die Gewinne der Unternehmen aufgezehrt und eine Produktion in Deutschland unrentabel. Hier würde die Belastung 8.000 Euro zusätzliche Kosten pro Arbeitsplatz bedeuten.

Die Stahlindustrie hätte inklusiv der höheren Strompreise ab 2020 2,6 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich zu verkraften. Dabei unterstellen wir einen Zertifikatspreis von nur 35 Euro; wahrscheinlich wird er viel höher liegen. Vor diesem Hintergrund würden Investitionen der Stahlindustrie in Zukunft an Standorten ohne Emissionshandel erfolgen. Dabei wird gerade in der EU und vor allem in Deutschland Stahl mit höchster Energieeffizienz und hohen Umweltstandards produziert. Dem Klima wäre damit nicht gedient. Hinzu kommt der Verlust von Arbeitsplätzen und von industrieller Wertschöpfung. Denn ohne den Werkstoff Stahl können keine leistungsfähigen industriellen Wertschöpfungsketten mit der Automobilindustrie und mit dem Maschinenbau aufrechterhalten werden.

Um eine schleichende Abwanderung der europäischen Stahlproduktion zu verhindern, benötigen wir auch in Zukunft eine kostenlose Zuteilung der Zertifikate. Dies gilt nicht zuletzt für die Emissionen, die bei der Stromgewinnung aus unseren Prozessgasen aus Hochofen, Stahlwerk und Kokerei entstehen. Diese energetische Verwertung von Kuppelgasen, die bei der Eisen- und Stahlerzeugung zwangsläufig entstehen, ist ökologisch höchst effizient. Denn

indem die Stahlindustrie daraus Strom erzeugt und selbst verbraucht, werden Brennstoffe wie Kohle und Erdgas eingespart. Die damit verbundenen Emissionen machen rund die Hälfte der Emissionen eines Hüttenwerks aus.

Außerdem fordern die energieintensiven Industrien eine Kompensation für die nochmals ansteigenden Strompreise. Das gilt besonders für die Elektrostahlwerke, die Stahl ausschließlich mit Hilfe von Strom und Schrott herstellen.

Meine Damen und Herren,

jenseits solcher Spezialitäten, die jede Branche aufweist, verbindet die energieintensiven Industrien eine Reihe gemeinsamer Forderungen, da alle Grundstoffe durch eine hohe Energieintensität und internationalen Wettbewerb geprägt sind. Wir befürchten, dass die industrielle Realität dieser Branchen im Europäischen Parlament nicht hinreichend wahrgenommen wird. Es geht um nichts weniger als um die Existenz der energieintensiven Industrien in Europa. Um es auf einen Satz zu bringen: Wir beklagen, dass die Europäische Kommission keinen Bezug mehr hat zur industriellen Wirklichkeit in ihren Mitgliedstaaten

Ansprechpartner:

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Beate Brüninghaus

Leiterin Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: +49 211 6707-115 (116)

Fax: +49 211 6707-676

E-Mail: beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de

www.stahl-online.de

